

INHALT

1. Fall Friesenhof: CDU, FDP und Piraten planen Untersuchungsausschuss
2. SPD, Grüne und SSW haben die Schuldenbremse längst aufgeweicht
3. Regierungsfractionen benennen Nachfolgekandidatin für Datenschutzbeauftragten
4. CDU bringt Unterstützung von Bauern in den Agrarausschusses
5. Die Spitze der Sportverbände zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion
6. Das Modell der kooperativen Leitstellen hat Zukunft
7. Heinolds Transparenzgesetz soll nicht für HSH-Manager gelten
8. CDU will Kunst - und Kulturschaffende zusammenbringen

03.07.2015

Fall Friesenhof: CDU, FDP und Piraten planen Untersuchungsausschuss Oppositionsfractionen nehmen gemeinsame erste Bewertung der Akteneinsicht vor

Am heutigen Freitag haben CDU, FDP und Piraten gemeinsam eine erste Bewertung der im Fall Friesenhof vom Ministerium vorgelegten Akten vorgenommen. Einzelheiten und Beispiele durften dabei allerdings nicht genannt werden, denn die Akten unterliegen der Geheimhaltungspflicht.

Einig war sich die Opposition in der Bewertung, dass mit dieser Aktenführung eine effektive Fachaufsicht ebenso unmöglich sei wie eine Dienstaufsicht der Ministeriumsspitze geschweige denn eine Kontrolle durch das Parlament. Wenn die Aktenführung im Fall Friesenhof kein Einzelfall sei, könnten vergleichbare Zustände in keiner der 1.600 Einrichtungen in Schleswig-Holstein ausgeschlossen werden. „Wir müssen wissen, wie es über diesen langen Zeitraum zu einer Duldung der Zustände im Friesenhof kommen konnte. Aus dem Fall sind Lehren für die gesamte Heim- und Dienstaufsicht zu ziehen. Nach meiner Einschätzung wird nur ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss die Vorgänge aufklären können. Denn das Ministerium ist im Selbstschutzmodus und wird dabei von SPD, Grünen und SSW unterstützt“, erklärte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther.

Die Fraktionschefs von FDP und Piraten, Wolfgang Kubicki und Torge Schmidt, waren der gleichen Auffassung. Es sei nicht einmal nachvollziehbar, ob die Akten vollständig vorgelegt wurden. Sie seien nicht durchnummeriert. Weil nur Kopien vorgelegt wurden, sei nicht ersichtlich, wer die Akten abgezeichnet habe. Darüber hinaus gebe es Hinweise von Mitarbeitern, wonach im Rahmen des Kopiervorganges einzelne Vorgänge verfälscht worden seien. Dies wecke Zweifel am Interesse der Hausspitze an echter Aufklärung.

Die drei Oppositionsfractionen wollen in ihren Sitzungen in der kommenden Woche über die Beantragung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses entscheiden. Dieser könnte Zeugen vernehmen und nötigenfalls auch Akten beschlagnahmen. Der Einsetzungsbeschluss des Landtages soll nach der Planung der Fraktionsvorsitzenden von CDU, FDP und Piraten in der Septembersitzung des Landtages erfolgen. Bis dahin soll der genaue Untersuchungsauftrag formuliert werden. Dies muss mit besonderer Sorgfalt geschehen, da auch im Falle neuer Erkenntnisse keine Änderungen mehr vorgenommen werden können.



Die Vertreter der Fraktionen während des Pressegespräches

SPD, Grüne und SSW haben die Schuldenbremse längst aufgeweicht **Kleine Anfrage der CDU belegt zusätzliche Verschuldungsspielräume in dreistelliger Millionenhöhe**



CDU-Finanzexperte Tobias Koch

"Die Schuldenbremse funktioniert nur, wenn sich alle an die Regeln halten. SPD, Grüne und SSW haben seit ihrer Regierungsübernahme diese Regeln Jahr für Jahr aufgeweicht." Mit diesen Worten kommentierte CDU-Finanzexperte Tobias Koch die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage. In dieser Antwort hat die Finanzministerin die Effekte der einzelnen von ihr vorgenommenen Änderungen am Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse auf Basis der Maisteuerschätzung aufgelistet.

Unter anderem hat Heinold für die Jahre 2016 und 2017 „strukturelle Anpassungen“

vorgenommen. Ohne weitere Begründung werden so „konjunkturelle bedingte“ Mehreinnahmen in „strukturell bedingte“ Mehreinnahmen umdeklariert. Folge dieser scheinbar technischen Erklärung: Diese Summen müssen nach den Vorgaben der Verfassung nicht zur Schuldensenkung verwendet werden. Sie stehen ab sofort für Ausgaben zur Verfügung. Wenn die Steuereinnahmen in Zeiten schwieriger Konjunktur einbrechen, dürfen in dieser Höhe zusätzliche Schulden gemacht werden.

Allein für das Wahljahr 2017 summieren sich die vorgenommenen Änderungen nach Auskunft der Landesregierung auf einen zusätzlichen Ausgabenspielraum in Höhe von 356 Millionen Euro. "SPD, Grüne und SSW haben ihre Wahlgewünscheliste sicher schon fertig", so Koch.

Auch für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 haben die Anpassungen schon konkrete Auswirkungen, betonte der CDU-Abgeordnete. "Ohne die Regelaufweichungen wäre der Haushalt jetzt schon verfassungswidrig. Wenn SPD, Grüne und SSW ihre Pläne weiter umsetzen, bleibt von der Schuldenbremse in Schleswig-Holstein am Ende ihrer Regierungszeit nichts übrig", so Koch.

Regierungsfractionen benennen Nachfolgekandidatin für Datenschutzbeauftragten CDU: „Lex Weichert“ ist ab heute überflüssig



Hans-Jörn Arp, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion

Eine mehr als ein Jahr dauernde Hängepartie neigt sich ihrem Ende entgegen: In dieser Woche haben SPD, Grüne und SSW mit Unterstützung der Piraten eine gemeinsame Kandidatin für das Amt des Landesdatenschutzbeauftragten präsentiert. Die bisherige Stellvertreterin von Thilo Weichert, die parteilose Informatikerin Marit Hansen, soll dessen Nachfolge antreten.

Im vergangenen Jahr hatten SPD, Grüne und SSW extra das Gesetz geändert, um Weichert noch eine dritte Amtszeit zu ermöglichen. Seine Wiederwahl scheiterte jedoch, weil die Koalitionsmehrheit nicht stand. „Die Lex Weichert ist ab heute überflüssig. Es geht nur noch um die Frage, wer die Nachfolge des amtierenden Datenschützers antreten wird“, kommentierte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Hans-Jörn Arp, den Vorgang.

Weichert habe in den vergangenen Jahren durch seiner Kampagne gegen Facebook dienende Klagen vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein das Leben schwer gemacht. Die neue Kandidatin habe sich erst beworben, nachdem die CDU-Fraktion

gemeinsam mit der FDP aufgrund der bis dahin vorliegenden Bewerberlage einer Bewerberin für den Fall ihrer Kandidatur die Unterstützung zugesichert hatten. Deswegen habe die CDU-Fraktion sich bislang noch kein Bild von der neuen Bewerberin machen können. „Wir werden in der kommenden Woche ein Gespräch mit ihr führen und dann gegebenenfalls Stellung nehmen“, so Arp.

CDU bringt Unterstützung von Bauern in den Agrarausschusses **Angespannte Liquiditätslage erfordert Sofortmaßnahmen**



Heiner Rickers, agrarpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Nicht nur das von Russland verhängte Lebensmittelembargo belastet derzeit die Landwirte in Schleswig-Holstein. Viele Milch- und Schweinemastbetriebe im Land befinden sich in akuten Liquiditätsengpässen. Darauf hat der Bauernverband in einem Schreiben an die Landesregierung hingewiesen. Unter anderem die Rentenbank habe angesichts der Probleme bereits ein Programm für Futterbaubetriebe aufgelegt.

Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, hat in dieser Woche die Forderung des Bauernverbandes nach Sofortmaßnahmen für Milchvieh- und Schweinebetriebe unterstützt. Er forderte die Landesregierung auf, eine Stundung der Steuerzahlungen und demnächst anstehenden Steuervorauszahlungen zu prüfen.

„Zum 30. Juni ist für viele Landwirte das Steuerjahr abgelaufen und aufgrund der vorliegenden Zahlen, werden auch die Steuervorauszahlungen berechnet. Wenn äußere Faktoren, wie das russische Lebensmittelembargo, in der Landwirtschaft aktuell zu Engpässen führen, darf Landwirtschaftsminister Robert Habeck die Betroffenen nicht allein lassen“, so Rickers.

Er kündigte an, das Thema auf die Tagesordnung einer der nächsten Agrar- und Umweltausschusssitzungen zu setzen. „Ich erwarte, dass Habeck bis dahin erforderliche Gespräche mit der Finanzministerin führt“, so Rickers.

Die Spitze der Sportverbände zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion **Regelmäßiger Informationsaustausch geplant**

Der Fraktionsvorsitzende Daniel Günther, der Parlamentarische Geschäftsführer Hans-Jörn Arp und die sportpolitische Sprecherin der CDU Landtagsfraktion Barbara Ostmeier begrüßten in

dieser Woche die Präsidenten und Vorsitzenden der Landesfachverbände sowie den Vizepräsidenten des Landessportverbandes Schleswig-Holstein e.V. (LSV), Heinz Jacobsen im Kieler Landeshaus.

Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches standen die Themen Sportfinanzierung, Entwicklung des Sports auf Verbandsebene und Abbau des Sanierungsstaus bei Sportanlagen und Schwimmsportstätten. Insbesondere die Unterfinanzierung des Landessportverbandes und seiner Fachverbände war unisono Gegenstand der Kritik der Sportfunktionäre. Trotz einer Anhebung der Fördermittel um eine Million Euro in diesem Jahr, belegt Schleswig-Holstein immer noch Platz 16 im Bundesländervergleich. Hans-Jörn Arp machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass bei einer Fortführung des Lizenz-Modells zur Regulierung des Sportwettenmarktes, dem Landessportverband und den Landesfachverbänden insgesamt 1,3 Millionen Euro mehr Fördermittel zur Verfügung stehen würden. Diese Option habe die Landesregierung jedoch mit dem Beitritt zum Glücksspielstaatsvertrag ausgeschlagen.

Am Ende kamen alle zu dem Ergebnis, dass die Beteiligten in Sport, Gesellschaft und Politik intensiver zusammenarbeiten und sich auch der Sport mit seinen Fachverbänden aktiver einbringen sollte, um die Angebote von Landessportverband und Politik anzunehmen und für die Weiterentwicklung des Sports in Schleswig-Holstein nutzbar zu machen.

Daniel Günther sagte umgehend zu, ein jährliches Treffen auf dieser Ebene zu arrangieren und für den nächsten Haushalt zu prüfen, inwiefern Schleswig-Holstein auch bei der Finanzierung des Sportes aus dem Tabellenkeller herausgeführt werden könne.



Die sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Barbara Ostmeier

Das Modell der kooperativen Leitstellen hat Zukunft **FAK's „Innen und Recht“ und „Kommunales“ besuchen Regionalleitstelle West**

Während eines Besuches der kooperativen Regionalleitstelle West in Elmshorn haben sich die Fraktionsarbeitskreise „Innen und Recht“ und „Kommunales“ über die Arbeit des kommunalen Teils der Leitstelle informiert.

Neben Fragen zur technischen Umsetzung waren auch die Herausforderungen des demographischen Wandels ein zentrales Thema des Gesprächs mit der Leitung der Leitstelle.

„Eine immer älter werdende Gesellschaft führt auch zu veränderten Anforderungen an die Rettungsdienste. Hier wird es entscheidend sein, sich sowohl personell als auch technisch rechtzeitig zu rüsten“, sagte die kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra

Nicolaisen.

Im Hinblick auf die teilweise im Land geführte Diskussion zur Trennung von Polizei- und Rettungsleitstellen mahnte die Abgeordnete zu Besonnenheit auf beiden Seiten. Eine Kooperation könne nur funktionieren, wenn die Partner vertrauensvoll zusammenarbeiteten. Die teilweise scharfen Töne des Innenministeriums in Richtung Kommunen seien hier wenig hilfreich.

„Das Modell der kooperativen Leitstelle hat eine Zukunft und ist sinnvoll, um Kräfte und Kompetenzen zu bündeln. Allerdings stellt sich die Frage, wie die Zusammenarbeit von Land und Kommunen hier verbindlicher geregelt werden kann. Mit dieser Frage wird man sich beschäftigen müssen“, so Nicolaisen.



Die Abgeordneten informieren sich über Arbeit und Technik der Leitstelle

Heinolds Transparenzgesetz soll nicht für HSH-Manager gelten

Koch: Ministerin entlarvt ihr Gesetz als Lachnummer

Mit ihrem „Transparenzgesetz“ haben SPD, Grüne und SSW nicht nur die Veröffentlichung der Gehälter von Spitzenkräften geregelt, deren Institutionen zu mindestens 25 Prozent dem Land gehören. Auch für kommunale Einrichtungen wurde gesetzlich eine Hinwirkungspflicht verankert. Dies hatte die CDU-Fraktion als Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung kritisiert.

In dieser Woche wurde im Zusammenhang mit der Neubesetzung des Risikovorstandes öffentlich, dass das Transparenzgesetz für HSH-Nordbank-Vorstände nach Ansicht der Finanzministerin nicht gilt. Denn die Beteiligung des Landes an der HSH betrage nur 9,58 Prozent. An der Länderanstalt HSH Finanzfonds AöR – die zu 65 Prozent Eigentümer der Bank ist – sei das Land zwar zu 50 Prozent beteiligt. Sie unterstehe jedoch hamburgischem Recht.

Den in Milliardenhöhe für die HSH-Nordbank haftenden schleswig-holsteinischen Steuerzahlern zu sagen, dass die Landesregierung nicht auf eine Veröffentlichung hinwirken muss, ist wirklich abenteuerlich. Wenn das stimmt, entlarvt Heinold ihr eigenes Gesetz als Lachnummer“, sagte CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch dazu.

Die transparente Darstellung der Bezüge des neuen HSH-Vorstandes sei auch aufgrund der noch immer geltenden Beschlusslage zu Obergrenzen bei der Vergütung der HSH-Manager aus dem Jahr 2009 relevant. Auf Antrag der damaligen Oppositionspolitikerin Monika Heinold hatte der Ausschuss konkretisiert, dass die durch den Landtag bereits beschlossene

Obergrenze von 500.000 Euro für die monetäre Gesamtvergütung gelten solle (Link siehe unten). In der Medienberichterstattung dieser Woche wurden erhebliche Zweifel deutlich, ob diese im aktuellen Fall eingehalten wird.

Dazu erklärte Heinold, nach ihrer Kenntnis werde durch die Entscheidung des Aufsichtsrates „formal“ kein Parlamentsbeschluss verletzt. Im Übrigen seien die Beratungen vertraulich gewesen. Kochs Antwort: „Heinolds Aussage, dass die Obergrenze formal eingehalten werde, sagt alles: sie rechtfertigt formaljuristisch, was sie nicht erklären kann. Und weil sie es nicht erklären kann, will sie es auch nicht veröffentlichen.“

Link zum Antrag von Frau Heinold aus dem Jahr 2009:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl16/umdrucke/4600/umdruck-16-4628.pdf>

CDU will Kunst - und Kulturschaffende zusammenbringen

Daniel Günther und Hauke Göttsch besuchen Galerie für aktuelle Kunst in Achterwehr



Daniel Günther (2. v. l.) und Hauke Göttsch (6. v. r.)

Gemeinsam mit Angelika Volquarts als Vertreterin des CDU-Landesfachausschusses Kulturpolitik besuchten der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag Daniel Günther und der örtliche Wahlkreisabgeordnete Hauke Göttsch die Galerie für Aktuelle Kunst (GAK) in Achterwehr.

Seit März dieses Jahres betreibt Galeristin Gisella Reime die Galerie in der Alten Schule in Achterwehr. Bis vor gut einem Jahr war die Galerie in Ottendorf beheimatet. Nun ist sie von Donnerstag bis Sonntag in den frisch renovierten Räumlichkeiten in Achterwehr für Kunstinteressierte geöffnet. Aktuell werden auf gut 140 Quadratmetern 60 Bilder und Skulpturen regionaler Künstler wie Ulrich Behl, Jo Kley, Kay Prinz, Klaus Wellner und der Galeristin selbst ausgestellt.

„Wir als CDU-Fraktion werben für eine aktive Kulturpolitik. Unser Fokus liegt dabei darauf, Kunst- und Kulturschaffenden im Land eine Stimme zu geben, sie bekannt zu machen und miteinander zu vernetzen. Ich danke Frau Reime für die beeindruckende Führung durch ihre Galerie und den interessanten kulturpolitischen Austausch“, so Daniel Günther im Anschluss an den Besuch.

Auch Hauke Göttsch als örtlicher Abgeordneter zeigte sich von der Galerie beeindruckt. „Ich bin immer wieder begeistert, wenn ich sehe, wie sich Leute hauptsächlich ehrenamtlich für

Kunst und Kultur in unserem Land einsetzen. Und dabei weiß kaum jemand welche interessanten Ausstellungstücke hier in Achterwehr zu bewundern sind“, so Göttsch.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de